



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Bergedorf  
Bezirksversammlung

<b>Antrag öffentlich</b>  AfD-Fraktion	Drucksachen-Nr.: <b>22-0222</b>
	Datum: 23.01.2025
	Aktenzeichen:

<b>Beratungsfolge</b>		
	<b>Gremium</b>	<b>Datum</b>
	Bezirksversammlung Bergedorf	30.01.2025

## Resolution gegen Gewalt im Wahlkampf

### Sachverhalt:

Antrag  
der BAbg. Krohn, Seiler, Winkelbach, Meyer, Zimmermann, Unbehauen, Schander  
und AfD Fraktion Bergedorf

In den vergangenen Wochen kam es wiederholt zu Attacken und Aggressionen gegen Infostände der Alternative für Deutschland in der Landeshauptstadt. Wahlkämpfer wurden von Gruppen selbsternannter „Antifaschisten“ bedrängt, Stände verwüstet, Wahlkampfmaterial beschädigt, gestohlen und Widerstand gegen Polizeibeamte geübt.

Es steht außer Frage, dass jeder politischer Wettbewerber Kritik und mitunter, auch Ablehnung und Protest hinnehmen muss. Eine rote Linie muss jedoch dort gezogen werden, wo Parteien in eklatanter und mitunter eben auch gewalttätiger Art und Weise, an der Ausübung ihrer durch die Verfassung auferlegten Kernaufgaben, insbesondere an der Willensbildung des Volkes mitzuwirken, gehindert werden sollen.

Bei allen politischen Differenzen auch hier in der Bezirksversammlung, sollte darüber Einigkeit bestehen, dass Gewalt im Wahlkampf nichts verloren hat, egal aus welcher politischen Richtung sie kommt und gegen wen sie sich richtet.

Mit Blick auf die naturgemäß zunehmende Politisierung auf den Wahltag hin und die damit auch potenziell steigende Aggressivität, erscheint es deshalb angebracht, jetzt ein gemeinsames Zeichen für einen friedlichen und fairen Bundestagswahlkampf und Bürgerschaftswahlkampf zu setzen.

**Petition/Beschluss:**

Die Bezirksversammlung möge daher beschließen:

Die Bezirksversammlung sendet ein deutliches Zeichen gegen jegliche Form von Gewalt im Bundestagswahlkampf und bekennt sich zum friedlichen und fairen Wettstreit zwischen den zur Wahl stehenden Parteien. Gewaltsame Übergriffe gegen Wahlkämpfer, deren Infostände und sonstige Veranstaltungen sind, bei aller inhaltlichen Härte in der politischen Auseinandersetzung, nicht mit der freiheitlich- demokratischen Grundordnung vereinbar und deshalb entschieden zu verurteilen.

**Anlage/n:**

---